

Service-public-Debatte geht weiter

Überraschend deutlich ist die «Pro Service public»-Initiative gestern abgelehnt worden. Vor allem die Cheflöhne der bundesnahen Betriebe werden aber weiterhin zu reden geben.

VON MICHEL BURTSCHER

Zu Beginn des Abstimmungskampfes hatte es noch gut ausgesehen für die Initianten der «Pro Service public»-Initiative. Gemäss ersten Umfragen hätten damals fast sechs von zehn Befragten Ja gesagt zum Volksbegehren. Das schreckte die Gegner auf – und sie gingen in die Offensive. So traten beispielsweise die Präsidenten von sechs Parteien gemeinsam in Bern auf, um gegen die Initiative zu argumentieren.

Der Effort hat sich für die Gegner gelohnt: Die «Pro Service public»-Initiative hatte gestern keine Chance an der Urne. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verwarfen sie deutlich mit 67,6 Prozent Nein-Stimmen – Schaffhausen mit 67,7 Prozent. Am höchsten war der Nein-Stimmen-Anteil mit 73,1 Prozent im Kanton Obwalden und mit 72,6 Prozent in Genf und Appenzell Innerrhoden. Am meisten Zustimmung fand die Initiative mit 41,4 Prozent Ja-Stimmen im Kanton Jura und mit 41,3 Prozent in Neuenburg. Die Stimmbeteiligung betrug rund 46 Prozent.

Sieben Journalisten gegen alle

Lanciert wurde die Initiative von sieben Journalisten der Konsumenteninfo AG, die unter anderem die Zeitschriften «K-Tipp», «Saldo», «Bon à Savoir» und «Spendere Meglio» herausgibt. Als Sprecher fungierte Peter Salvisberg. Die Initianten forderten «Service statt Profit» in der Grundversorgung und hatten vor allem Post, SBB und Swisscom im Visier. Auf der gegnerischen Seite standen Bundesrat, Parlament, alle grossen Parteien, die Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften.

«Die Stimmbewölkerung hat sich von den irreführenden und widersprüchlichen Argumenten der Initianten nicht täuschen lassen», schrieb das Nein-Komitee gestern in einer Mitteilung. «Ich bin hochofret über das



«Pro Service public»-Initiant Peter Salvisberg (L) im Gespräch mit Gegner Matthias Aebischer (SP).

Bild Key

Ergebnis», sagte der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas. «Wir konnten die schädliche Wirkung der Initiative aufzeigen.» Nicht überrascht vom klaren Ergebnis war der Solothurner FDP-Nationalrat Kurt Fluri. Die Stimmbürger hätten eingesehen, dass der Service public in der Schweiz gar nicht so schlecht sei. Er sei überzeugt, dass die Bevölkerung eine gute Grundversorgung wolle. Bundesrätin Doris Leuthard sagte gestern vor den Medien, das Nein der Bevölkerung zur Initiative sei kein Nein zum Service public. Sie mahnte die bundesnahen Betriebe, unzufriedene Kunden ernst zu nehmen.

Trotz klarem Ergebnis werden die Diskussionen über den Service public weitergehen. «Im Vorfeld der Abstimmung ist klar geworden, dass diese Debatte als starke Unmutsausserung des Volkes zu betrachten ist», sagte Preisüberwacher Stefan Meierhans in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag». «Die Politik sollte deshalb reagieren.»

Reagieren will nun der Berner SP-Nationalrat und Gewerkschafter Corrado Pardini mit der Motion «500000

Franken sind genug». Er fordert, dass der höchste Lohn bei den bundesnahen Betrieben nicht höher sein darf als der eines Bundesrats. Pardini übernimmt damit eine Forderung der Initianten. Die hohen Cheflöhne bei Post, SBB und Swisscom seien unschweizerisch, sagt er. «Die bundesnahen Betriebe haben eine Vorbildfunktion.» Für Kurt Fluri müssen sich die Unternehmen bewusst sein, dass zu hohe Löhne bei einem Teil der Bevölkerung nicht gut ankämen. «Es könnte irgendwann eine Volksinitiative geben, die nur auf die Cheflöhne der bundesnahen Betriebe abzielt», warnt Fluri.

Der Schweizerische Gewerbeverband forderte derweil gestern in einer Mitteilung weitere Liberalisierungsschritte: So soll das Restmonopol der Post für Briefe bis 50 Gramm aufgehoben werden. Der Bundesrat will sich der Debatte über die Ausgestaltung des künftigen Service public nicht verschliessen, wie Leuthard sagte. Pardini kündigte an, allfällige «Privatisierungsgelüste der Bürgerlichen» werde man im Parlament und wenn nötig mit Referenden bekämpfen.

Initiant Bedenkliche Einmischung

BERN Trotz der deutlichen Niederlage werten die Initianten ihre Initiative «Pro Service public» als Erfolg. Damit sei eine wichtige Diskussion angestossen worden, sagte Peter Salvisberg vom Initiativkomitee. «Die Politiker haben zu lange weggeschaut.» Angesichts der «riesigen Propagandaschlacht» wäre ein Sieg nach Ansicht von Salvisberg einer Sensation gleichgekommen: «Wir hatten alle Parteien und Verbände gegen uns.» Es sei bedenklich, wie stark sich die Verwaltung und betroffene Betriebe in den Abstimmungskampf eingemischt hätten. Dennoch sehen die Initianten vorläufig davon ab, eine Abstimmungsbeschwerde einzureichen, wie Salvisberg sagte. Wie wichtig die Diskussion um einen guten Service public sei, zeigten auch die Versprechungen der Politik. Salvisberg bleibt aber skeptisch: «Wir werden den Politikern genau auf die Finger schauen.» (sda)

Kommentar

Zu viel Platz für Interpretation, zu wenig Konkretes

ALEXA SCHERRER

Zum Schluss war es gar nicht so knapp, wie es zwischenzeitlich ausgesehen hatte. 67,6 Prozent sagen Nein zur «Pro Service public»-Initiative. Das Aufatmen bei den Gegnern ist tief – und verdient. In den vergangenen Wochen stampften sie Kampagnen aus dem Boden und hielten flammende Plädoyers gegen «die Mogelpackung Pro Service public». Und das in aller Eile. Denn die Sprengkraft der Initiative wurde unterschätzt. Es galt einen Gegner zu schlagen, der anfangs die Sympathien klar auf seiner Seite hatte. Einer, der «gegen die da oben» ins Feld zieht. Als unscheinbarer David stellten sich die Initianten dem parlamentarischen Goliath. Mit dem Finger wurde auf Einzelschicksale gezeigt, persönliche Beispiele wurden aufgebaut. Zu schlechter Handypfempfang, keine Poststelle mehr im Dorf, in dem man schon zur Welt gekommen ist, Zugverspätungen wegen Stellwerkstörungen. Eine Initiative, die sich für die Konsumenten einsetzt. Wie konnte das überhaupt schiefgehen?

Die Vorlage scheiterte auch am Initiativtext. Zu schwammig formuliert, zu viel Platz für Interpretation, zu hohe Wahrscheinlichkeit einer chaotischen Umsetzung. Die Annahme dieser Initiative barg Zündstoff für Veränderungen, deren Folgen völlig unklar gewesen wären. Und die sogar genau zum Gegenteil dessen hätten führen können, was die «Pro Service public»-Initiative in ihrem Titel versprochen hatte. Eine Annahme hätte nicht nur den betroffenen Unternehmen, sondern auch dem Service public und der Schweiz schaden können.

67,6 Prozent Nein – ein starkes Bekenntnis zu unserem Service public. Aber Lobhudelei allein bringt ihn nicht weiter. Und abgeschlossen sind die Anliegen der Initiative keineswegs. Die SP etwa will sich dafür einsetzen, dass die Cheflöhne bei SBB, Swisscom und Co. gedeckelt werden. Mit dem Service public hat das wiederum sehr wenig zu tun.

Zustimmung für Parkplatzsteuer

BELLINZONA Im Kanton Tessin müssen künftig grosse Firmen und Einkaufszentren eine Gebühr für die zur Verfügung gestellten Parkplätze zahlen. Ein Referendum wollte dies verhindern, scheiterte jedoch knapp. Die Parkplatzsteuer kam aus der Feder von Lega-Staatsrat Claudio Zali. Mit ihr soll zugleich das enorme Verkehrsaufkommen im Grenzkanton leicht eingedämmt werden und der öffentliche Verkehr (ÖV) eine grössere finanzielle Unterstützung erhalten.

52057 Stimmberechtigte sprachen sich für die Parkplatzsteuer aus, 50612 waren dagegen. Dies entspricht einer Zustimmung von 51,72 Prozent. Die Stimmbeteiligung lag bei 47,66 Prozent.

Verursacherprinzip gilt

Die neue Abgabe betrifft in erster Linie Unternehmen mit mehr als 50 Parkplätzen – der grösste Widerstand kam im Vorfeld aus dem Lager der Industrie und der Detailhändler. Sie geisselten den Obolus des Verkehrsdirektors als einen indirekten Anreiz für Tessiner, im Ausland einzukaufen. Bewohner von Berggebieten würden dadurch bestraft und ausserdem zahlten die Tessiner im schweizerischen Vergleich schon eine vergleichsweise hohe Motorfahrzeugsteuer. Die Gegner sammelten rekordverdächtige 24000 Unterschriften. (sda)

Schaffhauser Parlamentarier sind zufrieden

Erleichtert zeigen sich die Schaffhauser Parlamentarier ob des «Pro Service public»-Resultats. Den von der SP angestrebten Lohndeckel unterstützt überraschend auch ein Bürgerlicher.

VON ALEXA SCHERRER

BERN/SCHAFFHAUSEN Zur «Pro Service public»-Initiative legten 67,7 Prozent der Schaffhauser ein «Nein» in die Urne. Das freut SVP-Ständerat Hannes Germann, der sich als Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbands im Vorfeld der Abstimmungen gegen die Initiative starkmachte. «Ich bin erleichtert», sagt er, «das ist sicher ein weiser Entscheid.» Die klare Ablehnung zeige ihm, dass der eingeschla-

gene Kurs stimme – auch wenn in der Bevölkerung ein «gewisser Unmut» spürbar sei. Umso zufriedener ist er damit, dass die Stimmbürger gesehen hätten, dass diese Initiative nicht hätte halten können, was sie versprochen hatte. Für ihn war das Quersubventionierungsverbot das «Killerargument». Jedes Unternehmen habe rentable Bereiche, mit denen diejenigen, die weniger oder kein Geld abwerfen, unterstützt werden müssten. «Ein solcher Ausgleich spielt auch für den nationalen Zusammenhalt eine grosse Rolle. Bei den SBB etwa gerade für die ländlichen Gegenden.» Diese drohten vermehrt abgekoppelt zu werden. «Dagegen müssen wir auch künftig starke Zeichen setzen», so Germann. Entscheiden sei für ihn die Informationstechnik: «Dieser Bereich muss gefördert werden, sodass auch dezentrale Arbeitsplätze entstehen». Das wiederum würde zu weniger Staus sowie zu weniger überfüllten Bussen und Zügen führen.

SVP-Nationalrat **Thomas Hurter** will den Unmut in der Bevölkerung nicht gelten lassen. «Aber um einzelne Bereiche wie etwa die Schliessung von Poststellen wurde viel Lärm gemacht.» Trotzdem ist er «überrascht, dass das Resultat so klar ausgefallen ist». Der Titel sei «extrem verlockend» gewesen – doch die Bürger hätten dahintergese-



Thomas Hurter
Nationalrat
SVP

hen. Die Schweiz stehe immer mehr in Konkurrenz mit Europa und müsse deswegen auch beim Service public vermehrt über die Grenzen schauen. «Und da sind wir sehr gut unterwegs. Das hat aber natürlich auch seinen Preis.»

Einen Preis, den man auch den Chefs von SBB, Swisscom und Co. bezahlen muss? SP-Nationalrat und Gewerkschafter Corrado Pardini sieht das anders. Er kündigte bereits einen Vorstoss an, die Löhne der Chefetage auf höchstens eine halbe Million Franken zu deckeln. «Das ist eine Frage des Neides», sagt Hurter dazu. Dennoch zeigt er ein gewisses Verständnis für die Motion: «Natürlich ist es verrückt, dass sie mehr verdienen als ein Bundesrat.» Übertriebene Löhne müssten klar verhindert werden – «in diesen Betrieben haben wir aber keine Exzesse», räumt Hurter ein. «Ein Lohndeckel nimmt uns zudem die Möglichkeit, die besten Leute für diese Positionen zu

bekommen.» Er finde es grundsätzlich schwierig, staatlich in den Markt einzugreifen. In diesem Punkt gibt ihm Hannes Germann recht: Es sei nicht die Aufgabe des Staates, die Löhne von börsenkotierten Unternehmen zu regeln. Ansonsten unterstützt der Bürgerliche das Anliegen der Linken – es sei «durchaus sympathisch». Er sieht einen «gewissen Handlungsbedarf» und findet, die Unternehmen täten gut daran, sich in «gewisser Bescheidenheit» zu üben.

Dem stimmt SP-Nationalrätin **Martina Munz** zu. Sie begrüsst das Vorgehen. «Ein genereller Aufsteller» ist für sie insbesondere, «dass die Stimmbürger hingehört und sich nicht täuschen lassen haben». Dass über 67 Prozent Nein gesagt haben, ist auch für sie ein klares Statement für den «guten Service Public» der Schweiz. «Natürlich ist nicht alles gut – aber mit dieser Initiative wäre eindeutig auch nichts daran geändert worden.»



Martina Munz
Nationalrätin
SP



Hannes Germann
Ständerat
SVP